

## Gebetsnachrichten Juli

Denn wer den Willen meines himmlischen Vaters erfüllt, der ist für mich Bruder und Schwester und Mutter. (Mt 12,50)

### 1-4 Myanmar

Pastor Hkalam Samson, ehemaliger Baptistenpastor und Menschenrechtsverteidiger, wurde am 7. April 2023 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Der 65-Jährige war ins Visier des Militärs geraten, nachdem er die Unterdrückung von Minderheiten, darunter auch Christen, im Bürgerkriegsland angeprangert hatte. Am 17. April dieses Jahres wurde er im Rahmen einer Amnestie begnadigt und freigelassen und innerhalb weniger Stunden erneut inhaftiert.

### 5-9 Nigeria

Wenige Tage nach der Entführung von Pfarrer Basil Gbuzuo ist am 21. Mai ein weiterer Priester entführt worden. Es handelt sich um Pfarrer Oliver Buba aus der Diözese Yola im Bundesstaat Adamawa. Entführungen gegen Lösegeld sind ein weit verbreitetes Verbrechen in der gesamten nigerianischen Föderation, einschließlich Massenentführungen von Schülern und Studierenden

### 10-14 Sudan/Südsudan

Abdalla stammt aus Darfur im Sudan. 2012 konvertierte er vom Islam zum Christentum. Im September 2023 floh Abdalla vor den Kämpfen in Darfur und lebt jetzt im Südsudan in einem Flüchtlingslager, in dem die christliche Minderheit unter Verfolgung und Missbrauch durch die muslimische Mehrheit leidet. Oft wird ihnen Nahrung und Wasser vorenthalten.

### 15-17 Uganda

Die 19-jährige Namukuve Sawuya ist an ihrer Mittelschule durch die „Christian Union Fellowship“ zum christlichen Glauben gekommen. Als ihr Vater bemerkte, dass seine Tochter während des Ramadans nicht an den muslimischen Gebetstreffen teilnahm, wurde er wütend und rief seine sechs Kinder zusammen. „Ich bin zum Propheten Issa (Jesus) konvertiert“, gestand Namukuve. Einer ihrer Brüder war darüber so wütend, dass er mit einem Stuhl auf sie einschlug. Namukuve starb am 29. März 2024 an den Verletzungen.

### 18-21 Indien

Für die tiefe ethnische und religiöse Kluft im Bundesstaat Manipur, die durch die im Mai 2023 ausgebrochene Gewalt sichtbar wurde, zeichnet sich nach Angaben von FIDES keine Lösung ab. Die Ausschreitungen zwischen zwei ethnischen Gemeinschaften (Meitei und Kuki) forderten etwa 200 Tote und Tausende Verletzte und zerstörte 200 Dörfer, 7.000 Häuser, 360 Kirchen oder Kapellen und einige Synagogen. In Behelfsunterkünften sind noch immer 60.000 Vertriebene untergebracht, während die beiden verfeindeten Gemeinschaften durch eine Pufferzone getrennt wurden. Ein

Haupthindernis für die Rückkehr zur Normalität ist die weit verbreitete Präsenz bewaffneter ziviler Gruppierungen.

#### 22-26 Kenia

Die Überschwemmungen, die Kenia im Frühjahr heimgesucht haben, haben bis zum 14. Mai mindestens 289 Todesopfer gefordert. Zusätzlich wurden fast 293.000 Menschen obdachlos und die Ernte auf fast 10.000 Hektar zerstört. Während Meteorologen die Überschwemmungen mit dem Klimawandel in Verbindung bringen, sind viele Kenianer der Meinung, dass die Situation durch mangelnde Investitionen seitens der Regierung verschlimmert wurde.

#### 27-29 Libanon

80 Prozent der Libanesen leben unterhalb der Armutsgrenze. Durch die Abwertung des Libanesischen Pfundes erhält ein Arbeitnehmer, der früher 1500 US-\$ im Monat verdient hatte, heute nur noch 100 bis 150 US-\$. Die Löhne der Staatsangestellten sind noch weiter gesunken als im Privatsektor. In Beirut arbeiten Soldaten nach Dienstschluss noch zusätzlich als Kellner. Allein die Monatsmiete für eine Wohnung beträgt im Schnitt 400 US-\$.

#### 30-31 Syrien

Der Gouverneur von Idlib, Thaer Salhab, bestätigte am 18. Mai, dass islamistische Organisationen alle Schüler aus der Provinz, die sich für die Prüfungen zum Grund- und Hauptschulabschluss anmelden wollten, daran gehindert haben, den Tarnaba-Korridor im Bezirk Saraqeb zu nutzen. Seit der Öffnung des Korridors am 11. Mai habe kein Schüler den Übergang betreten dürfen, sagte der Gouverneur gegenüber Reportern und fügte hinzu, dass die zuständigen Behörden in den Ministerien für Inneres, Bildung und Gesundheit sowie der Syrische Arabische Rote Halbmond bereit sind, Schüler aus der Provinz Idlib, die sich in Gebieten aufhalten, in denen terroristische Organisationen aktiv sind, aufzunehmen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.